

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 35. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 16. September 2013

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 22:28 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

anwesend :	Egbert Liskow	Präsident der Bürgerschaft
	Birgit Socher	1. Vizepräsidentin
	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	2. Vizepräsident
	Jost Aé	
	Dr. Gerhard Bartels	
	Ursula Behrendt	
	Ulrike Berger	
	André Bleckmann	
	Ulf Burmeister	
	Erich Cymek	
	Dr. Frauke Fassbinder	
	Dr. Stefan Fassbinder	
	Yvonne Görs	
	Professor Dr. Frank Hardtke	
	Marion Heinrich	
	Axel Hochschild	
	Torsten Hoebel	
	Wolfgang Jochens	
	Dr. Jörn Kasbohm	
	Dr. Andreas Kerath	
	Christian Köhler	
	Christian Kruse	
	Carola Kühn	
	Dr. Luer Kühne	
	Marian Kummerow	
	Anne Lembke	
	Jürgen Liedtke	
	Franz-Robert Liskow	
	Dirk Littmann	
	Wilfried Lüthen	
	Dr. Thomas Meyer	
	Peter Multhauf	
	Thomas Mundt	
	Christian Radicke	
	Sebastian Ratjen	
	Ludwig Spring	
	Dr. Rainer Steffens	
	Dr. Harald Stegemann	
	Mechthild Thonack	
	Ingo Ziola	
entschuldigt :	Dr. Ullrich Bittner	
	Norbert Braun	
	Anja Reuhl	

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. 1. Lesung zum Haushalt 2014
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Umbesetzung Nahverkehrsbeirat B634-35/13
CDU-Fraktion
- 6.2. Bildung einer ständigen Einigungsstelle gemäß § 63 PersVG M-V B636-35/13
Dez. I , Amt 10
- 6.3. Position der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Haushaltsdefizit der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald B637-35/13
Oberbürgermeister
- 6.4. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gemäß § 3 Abs. 4 ÖPNVG B638-35/13
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.5. Aufhebung der Aussetzung und 1. Änderung der Satzung über die Gewährung von Umzugsbeihilfen für Auszubildende und Studenten mit Hauptwohnung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B639-35/13
Dez. I , Amt 20
- 6.6. Jahresabschluss 2012 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B640-35/13
Abwasserwerk Greifswald
- 6.7. Benutzung - und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B641-35/13
Dez. III, Amt 51
- 6.8. 3. Änderungssatzung zur Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B644-35/13
Dez. III, Amt 51
- 6.9. 1. Änderungssatzung der Hauptsatzung der UHW B645-35/13
Dez. I
- 6.10. Beitritt zum Rat der Gemeinden und Regionen Europas B646-35/13
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.11. Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001
- Planung Anbau Theaterhaus
CDU-Fraktion
- 6.12. Die UNESCO soll die einzigartige deutsche Theater- und Orchesterlandschaft als immaterielles Weltkulturerbe anerkennen B647-35/13
CDU-Fraktion
- 6.13. Zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden und dezentrale Unterbringung B648-35/13
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.14. Keine weiteren atomaren Abfälle nach Lubmin B649-35/13
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.15. Prüfauftrag: Ausweisung von Hundeauslaufzonen B650-35/13
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.16. Schönwalde Begegnungszentrum B651-35/13
SPD-Fraktion
- 6.17. Wartehäuschen Bushaltestellen B652-35/13
SPD-Fraktion
- 6.18. Planung Straßenausbau im OT Riems, Teilstrecke Wiesenweg und Brooker Weg B653-35/13
Ulla Tesmer, Vorsitzende OTV Riems
- 6.19. Wiederbenennung "Carl-Paepke-Platz" am 1. November 2013 B654-35/13
CDU, Die Linke, SPD, B90/Grüne

- 6.20. Annahme von Spenden
- 6.20.1. Annahme von Spenden für das Jahr 2011 - Projekte B655-35/13
Dez. I , Amt 20
- 6.20.2. Annahme einer Spende für das Jahr 2012 - Kinderbereich Stadtbibliothek B656-35/13
Dez. I , Amt 20
- 6.20.3. Annahme von Sachspenden im Rahmen des Jahrestages der Beruflichen und Freiwilligen Feuerwehr Greifswald B657-35/13
Dez. I , Amt 20
- 6.20.4. Annahme von Sachspenden im Rahmen der Ausrichtung des Fischerfestes 2012 B658-35/13
Dez. I , Amt 20
- 6.21. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur "Gemeinschaft der Klosterstätten im Mecklenburg-Vorpommern e.V." B659-35/13
Dez. III, Amt 41
- 6.22. Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 110 – südlich Chamissostraße B660-35/13
Dez. III, Amt 41
- 6.23. Nutzung des Gebäudes in der Kapaunenstraße 24
Dez. II , Amt 23
- 6.24. Beschluss einer Kostenspaltung für die „Rudolf-Seeliger-Straße“ – im B-Plangebiet Nr. 6 - Technologiepark – zur Beitragsberechnung nach Erschließungsbeitragssatzung B661-35/13
Dez. II, Amt 60
- 6.25. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2013 B662-35/13
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
- 6.26. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2014 - Prioritätenliste B663-35/13
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
- 6.27. Museumshafen 2. BA B664-35/13
Dez. II , Amt 66
- 6.28. Abschluss von Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V i.v.m. §§ 78 b bis 78 e SGB VIII mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie Festlegung der Elternbeiträge für die kommunalen Kindertagesstätten ab 01.10.2013 gemäß § 16 KiföG M-V i.v.m. § 21 Abs. 1 KiföG B642-35/13
Dez. III, Amt 51
- 6.29. Ortsteilvertretung Schönwalde II B635-35/13
SPD-Fraktion
- 6.30. Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“
Die Linke
- 6.31. Absehen von der Genehmigung neuer Kita´s im Stadtgebiet durch die Landrätin des LK Vorpommern-Greifswald bis zum Nachweise des tatsächlichen Bedarfs durch eine Bedarfsanalyse B643-35/13
CDU-Fraktion
- 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 9. Mitteilungen des Präsidenten
- 10. Bestätigung der Niederschrift vom 24.06.2013
- 11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet den öffentlichen Teil der 35. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 36 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist diese beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine beiden Stellvertreter Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert über **geänderte Beschlussvorlagen**:

Zu TOP 6.13 Zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden und dezentrale Unterbringung

Zu TOP 6.14 Keine weiteren atomaren Abfälle nach Lubmin
(Titel wurde geändert)

Zu TOP 6.7 Benutzung - und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten

Zu TOP 6.16 Schönwalde Begegnungszentrum

Zu TOP 6.23 Nutzung des Gebäudes in der Kapaunenstraße 24

Zu TOP 6.26 Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2014 - Prioritätenliste

Weiterhin gibt es **Tischvorlagen**, die wie folgt eingeordnet werden sollen:

TOP 6.27 Museumshafen 2. BA

TOP 6.28 Elternbeiträge für die kommunalen Kindertagesstätten

TOP 6.29 Ortsteilvertretung Schönwalde II

TOP 6.30 Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“

TOP 6.31 Absehen von der Genehmigung neuer Kita´s im Stadtgebiet durch die Landrätin des LK Vorpommern-Greifswald bis zum Nachweise des tatsächlichen Bedarfs durch eine Bedarfsanalyse

Der Präsident schlägt vor, dass die Vorlage unter TOP 6.29 zwischen TOP 6.1 und TOP 6.2 eingeordnet wird.

Die Vorlagen unter TOP 6.28 und TOP 6.31 sollen nach TOP 6.7 eingeordnet werden.

Aufgrund von Hinweisen aus dem Sitzungsraum bemerkt Herr Liskow, dass über die Aufnahme der Tischvorlagen in die Tagesordnung noch abzustimmen ist.

Der Präsident informiert weiterhin, dass die Vorlage der CDU-Fraktion unter TOP 6.11 (Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001 - Planung Anbau Theaterhaus) zurückgezogen und im nächsten Sitzungszyklus behandelt wird.

Die Vorlagen unter TOP 6.27 und TOP 6.30 werden nach TOP 6.26 eingeordnet.

Der Präsident stellt die Einordnung der Tischvorlagen in die Tagesordnung zur Abstimmung.

- Abstimmungsergebnis:** TOP 6.27
mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen
in die Tagesordnung aufgenommen
- Abstimmungsergebnis:** TOP 6.28
mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und einigen
Stimmenthaltungen in die Tagesordnung eingestellt
- Abstimmungsergebnis:** TOP 6.29
einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen
- Abstimmungsergebnis:** TOP 6.30
bei 12 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
- Abstimmungsergebnis:** TOP 6.31
mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen und
1 Stimmenthaltung in die Tagesordnung eingestellt

Mit den abgestimmten Änderungen lässt der Präsident über die Tagesordnung abstimmen.

- Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Lieschefsky, Vorsitzender der OTV Wieck/Ladebow:

- zur Problematik „Poller an der Wiecker Brücke“

Im Namen der Ortsteilvertretung erklärt er, dass nicht beabsichtigt ist, zu diesem Thema über die Presse zu kommunizieren und in Konfrontation zur Stadtverwaltung zu treten. Die OTV wendet sich immer direkt an die zuständigen Gremien der Stadtverwaltung, um dort nach Antworten zu suchen bzw. gemeinsam zu erarbeiten. Herr Lieschefsky nimmt Bezug auf einen offenen Brief, der den Fraktionen vorliegt. Dort geht es um die Demonstrationen.

(Dieser Brief wird als Anlage zur 35. Sitzung der Bürgerschaft im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Im Rahmen seiner Wortmeldung spricht Herr Lieschefsky die Forderung aus, dass ein runder Tisch mit der Verwaltung zusammen installiert wird, wo belastbare Aussagen getroffen werden.

Herr Senator Hochheim begrüßt die sachliche Darstellung des Vorsitzenden der Ortsteilvertretung. Weder die Verwaltung noch die Firma InnoVent sind glücklich über die Situation. Herr Hochheim informiert über ein Schreiben der Firma InnoVent, das allen Mitgliedern der Bürgerschaft vorliegt.

Herr Hochheim teilt mit, dass der ausgewählte Pollertyp nach Einschätzung der Firma InnoVent nicht einsetzbar ist und auch nicht eingesetzt wird, weil der Poller und die Steuerung nicht zusammenpassen.

Innerhalb der nächsten drei Monate wird eine Alternativlösung installiert. Bis dahin würde die Firma InnoVent eine Zwischenlösung errichten, um ein unberechtigtes Überfahren der Brücke zu verhindern.

Herr Liskow stellt zur Abstimmung, Herrn Hecker, Geschäftsführer der InnoVent GmbH, das Rederecht zu erteilen.

- Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bestätigt

Herr Hecker, Geschäftsführer der InnoVent GmbH, erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme als Errichter der Polleranlage. Dabei verweist er auf das ausge-reichte Schreiben.

(Das Schreiben der InnoVent GmbH wird als Anlage zur 35. Sitzung der Bürger-schaft im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Herr Wilfried Arndt:

Als Mitglied der Arbeitsgruppe „Brücke“ bemerkt Herr Arndt, dass sich die Bürger von der Verwaltung im Stich gelassen fühlten und deshalb sei die AG wiederbe-lebt worden. Seit Mai 2013 gäbe es keine akzeptable Lösung.

Die Demonstrationen hätten gezeigt, dass es zwischen Polizei und Stadtverwal-tung keine klaren Absprachen gäbe, wie die Brücke zu beschildern und zu befah-ren sei.

Herr Arndt fordert im Namen der Anwohner, eine Einwohnerversammlung durch-zuführen.

Herr Hochheim:

Der Senator erklärt, dass die Stadt genauso wie die Bürger mit dem derzeitigen Zustand unzufrieden ist. Ob ein runder Tisch die Lösung ist, bezweifelt Herr Hochheim, weil das Problem technischer Art sei.

Herr Wixforth, Leiter des Tiefbau- und Grünflächenamtes.

Bezüglich der Beschilderung hat die Ortsteilvertretung eine Anfrage an die Ver-waltung gestellt und bereits eine Antwort erhalten. Beide Schreiben sind in der Kanzlei der Bürgerschaft einsehbar. Tenor des Themas ist, dass selbstverständ-lich eine Abstimmung erfolgt sei. Außerdem sei die Beschilderung so deutlich, dass niemand ohne Sondernutzungsgenehmigung über die Brücke fahren darf.

Frau Gerlinde Schnell:

Frau Schnell ist Einwohnerin in Wieck und hebt ausdrücklich hervor, dass sie parteilos ist.

Die Bürger seien aktiv geworden, weil es Kräfte gäbe, die nicht im Sinne der Brü-cke agieren. Es sei nicht zu ertragen, wie lang die Autoschlangen seien, die un-berechtigt über die Brücke fahren wollen.

Frau Schnell bittet eindringlich um eine Einwohnerversammlung. Über die Orts-teilvertretung sei sie manchmal enttäuscht.

Herr Kruse:

Herr Kruse sei noch von keinem Bürger bezüglich einer Einwohnerversammlung zur Wiecker Brücke angesprochen worden. Alle Bürger haben die Möglichkeit, in den Sitzungen der Ortsteilvertretungen, Ihre Sorgen vorzubringen und zu solchen Themen Stellung zu nehmen. Es gab immer eine Zusammenarbeit zwischen Ortsteilvertretung und Verwaltung. Wäre die Verwaltung nicht aktiv geworden, wäre die Brücke längst geschlossen. Herr Kruse zeigt sich zuversichtlich, dass gemeinsam eine Lösung gefunden wird.

Herr André Carls, Kita „Zwergenland“:

Bezugnehmend auf die gemeinsame Sitzung des Jugend- und Finanzausschus-ses weist er darauf hin, dass gerade im Westen Deutschlands die Gebühren hö-her seien, weil dort auch ein höheres Gehaltsgefüge bestehe. Vergleiche mit an-deren Städten seien nur relativ. Ein anderer Punkt sei, dass die baulichen Zu-stände in anderen Kitas besser sind, was höhere Gebühren rechtfertigen würde.

Er meint, dass sich der Landkreis auf Kosten aller Leute, die Ganztagsplätze haben, „gesundgestoßen“ habe. Was ist daran ausgewogen und fair?

Herr Carl zeigt sich schockiert, warum die Vorlage der Linken zum Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich gestellten Fragen

Zu TOP: 5 1. Lesung zum Haushalt 2014

Herr Wille, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Finanzen führt in die Haushaltsdebatte 2014 anhand einer Präsentation ein. Diese Präsentation wird als Anlage zur Sitzung der Bürgerschaft in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Wille gibt Eckdaten zum Haushalt 2014 bekannt.

Der Amtsleiter beabsichtigt, den Beschluss zur Haushaltssatzung 2014 in der Dezembersitzung der Bürgerschaft fassen zu lassen.

Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu diesem Zeitpunkt sind 40 stimmberechtigte Mitglieder der Bürgerschaft anwesend.

**Zu TOP: 6.1 Umbesetzung Nahverkehrsbeirat
B634-35/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neuer Vertreter im Nahverkehrsbeirat wird Dr. Luer Kühne statt H.-G. Meyer ernannt.

Abstimmungsergebnis: bei 39 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
 beschlossen

**Zu TOP: 6.29 Ortsteilvertretung Schönwalde II
B635-35/13**

Herr Michael Seifert ist nicht mehr Mitglied der Ortsteilvertretung Schönwalde II.

Frau Anne Lembke wird Mitglied der Ortsteilvertretung Schönwalde II.

Abstimmungsergebnis: bei 39 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
 beschlossen

**Zu TOP: 6.2 Bildung einer ständigen Einigungsstelle gemäß § 63 PersVG M-V
B636-35/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt die Bildung einer ständigen Einigungsstelle gemäß § 63 Personalvertretungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (PersVG M-V) für die Dauer der Wahlperiode der Personalvertretung.

Beisitzer:	Herr Kremer	Leiter Immobilienverwaltungsamt
	Herr Winckler	Leiter Ordnungsamt
	Herr Wixforth	Leiter Tiefbau- und Grünflächenamt

stellv. Beisitzer:	Herr Wille	Leiter Amt für Wirtschaft und Finanzen
	Frau Hauswald	Leiterin Kulturamt
	Herr Kaiser	Leiter Stadtbauamt

Als Vorsitzender der Einigungsstelle wird Herr Lübeck, Richter am Arbeitsgericht Stralsund, benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.3 Position der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Haushaltsdefizit der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald
B637-35/13

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert die Landesregierung auf, den Universitäten und Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch zukünftig eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 40 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 6.4 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gemäß § 3 Abs. 4 ÖPNVG
B638-35/13

Herr Dr. König, Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und begründet diese. Der Kreistag hat diesem Beschlussvorschlag auch zugestimmt.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bartels zur Arbeitsgruppe erläutert der Oberbürgermeister, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald laut Aussage des Innenministeriums eine solche Arbeitsgruppe nicht braucht.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, den in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald (LK VG) zur Übertragung von Aufgaben des ÖPNV auf dem Stadtgebiet Greifswald gemäß § 3 Abs. 4 ÖPNVG abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.5 Aufhebung der Aussetzung und 1. Änderung der Satzung über die Gewährung von Umzugsbeihilfen für Auszubildende und Studenten mit Hauptwohnung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B639-35/13

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Aufhebung der Aussetzung der Satzung über die Gewährung von Umzugsbeihilfen für Auszubildende und Studenten mit Hauptwohnung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 02.09.2013.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 1. Änderung der Satzung über die Gewährung von Umzugsbeihilfen für Auszubildende und Studenten mit Hauptwohnung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.6 Jahresabschluss 2012 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B640-35/13

Als Vorsitzender des Werksausschusses für das Abwasserwerk bezieht Herr Liedtke Stellung.

Für die Linksfraktion spricht Herr Dr. Stegemann. Nicht alle Mitglieder seiner Fraktion werden ihre Zustimmung zur Vorlage geben.

Der Präsident stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (gegr. zum 01.04.1993, HRA 1226) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit
einer Bilanzsumme von 48.281.550,66 €
davon einem Eigenkapital von 10.605.865,00 €
und einem Jahresüberschuss von 1.002.185,93 €
festgestellt.

Aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres in Höhe von 1.002.185,93 € und dem Gewinnvortrag in Höhe von 58,88 € werden 408.379,21 € an den Haushalt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abgeführt.

Der zweckgebundenen Rücklage werden € 547.300 zugeführt.
Der Restbetrag in Höhe von 46.565,60 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Lagebericht 2012 wird genehmigt.
Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

2. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der KPMG AG Hamburg mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 des Abwasserwerkes durch den Landesrechnungshof von Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: bei 30 Ja-Stimmen und 10 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.7 Benutzung - und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B641-35/13

Die kommissarische Leiterin des Amtes für Jugend, Soziales und Familie, Frau Felkl, bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert diese. Anlass dieser neuen Satzung ist, dass die Hansestadt Greifswald nicht mehr örtlicher Träger der öf-

fentlichen Jugendhilfe ist. Mit dieser Satzung werden der Umfang, die Leistungen und die Nutzungsverhältnisse in den kommunalen Kindertagesstätten geregelt. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen die Kinder betreut werden und die Rahmenbedingungen, unter denen die Eltern Betreuungsverhältnisse mit der Hansestadt Greifswald abschließen.

Im Rahmen der Ausführungen verweist Frau Felkl auf einige Absätze der vorgelegten Satzung. So schlägt sie vor, den Absatz e) des § 9 (4) zu streichen.

Ebenso wird eine neue Regelung in der Ferienzeit vorgeschlagen (§11 (13)).

Im Rahmen der Diskussion bringt Herr Dr. Fassbinder den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und er bittet um eine getrennte Abstimmung.

§ 2 (4) Satz 2 Streichen dieses Satzes

§ 9 (4) e) Streichen dieses Absatzes (ist erledigt)

§ 11 (13) Satz 1: Streichen von „8 Stunden“ und ersetzen durch „9 Stunden“ sowie streichen von „4 Stunden“ und ersetzen durch „5 Stunden“.

Satz 3: Streichen von „40 Stunden“ und ersetzen durch „45 Stunden“ sowie streichen von „20 Stunden“ und ersetzen durch „25 Stunden“

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion wird beantragt, noch folgende Ergänzung aufzunehmen:

Sind beide Eltern eines Kindes erwerbstätig, wird folgende Inanspruchnahme ohne zusätzliche Kosten gewährt:

- täglich 9 Stunden bei Vollzeit- und 5-Stunden bei Teilzeitbetreuung
- wöchentlich 45 Stunden bei Vollzeit- und 25 Stunden bei Teilzeitbetreuung

Wichtig bei der ganzen Debatte sei, hebt Herr Dr. Fassbinder hervor, dass die Betreuungszeiten immer weiter ausgedehnt werden. Dabei seien auch die Arbeitgeber in der Pflicht, familienfreundliche Arbeitszeiten zu schaffen.

Für die Verwaltung spricht Herr Hochheim. Im Rahmen seiner Ausführungen weist der Senator darauf hin, dass es Grundschulen gibt, wo es mehr Anmeldungen als Plätze gibt. Außerdem gäbe es das Problem, dass nicht allen Erstklässlern ein Hortbetreuungsplatz angeboten werden kann, weil die Eltern keine Veranlassung sehen, ihre Kinder nach Klassenstufe 3 abzumelden, weil die Hortbetreuung so toll ist.

Herr Spring beantragt entsprechend Geschäftsordnung, erst die Änderungsanträge zu beraten und abstimmen zu lassen.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, die Vorlagen getrennt zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Für die Verwaltung erklärt Herr Senator Dembski, dass sich das Defizit im Kita-Bereich aus vielen zusätzlichen Leistungen zusammensetzt, die erbracht werden, obwohl die Verwaltung nicht dazu verpflichtet ist.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bartels bestätigt Frau Felkl noch einmal, dass im § 9 (4) der Punkt e) weggestrichen werden soll.

Da es keine weiteren Änderungsanträge gibt, lässt der Präsident über die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: § 2 (4) Satz 2 streichen
bei 18 Ja-Stimmen 19 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen abgelehnt

§ 9 (4) e) Streichen hat die Verwaltung bereits vorgeschlagen

§ 11 (13) Satz 1: Streichen von „8 Stunden“ und ersetzen durch „9 Stunden“ sowie streichen von „4 Stunden“ und ersetzen durch „5 Stunden“.

Satz 3: Streichen von „40 Stunden“ und ersetzen durch „45 Stunden“ sowie streichen von „20 Stunden“ und ersetzen durch „25 Stunden“

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion wird beantragt, noch folgende Ergänzung aufzunehmen:

Sind beide Eltern eines Kindes erwerbstätig, wird folgende Inanspruchnahme ohne zusätzliche Kosten gewährt:

- täglich 9 Stunden bei Vollzeit- und 5-Stunden bei Teilzeitbetreuung
- wöchentlich 45 Stunden bei Vollzeit- und 25 Stunden bei Teilzeitbetreuung

Abstimmungsergebnis: bei 37 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

Damit lässt der Präsident über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Abstimmungsergebnis: bei 32 Ja-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen
beschlossen

Zu TOP: 6.28 Abschluss von Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V i.v.m. §§ 78 b bis 78 e SGB VIII mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie Festlegung der Elternbeiträge für die kommunalen Kindertagesstätten ab 01.10.2013 gemäß § 16 KiföG M-V i.v.m. § 21 Abs. 1 KiföG
B642-35/13

Herr Senator Dembski bringt die Beschlussvorlage (Tischvorlage) ein und nimmt die Begründung vor.

Im Rahmen der Diskussion bringt Herr Spring einen Änderungsantrag ein, den Beschlusstext um folgende 4 Punkte zu ergänzen:

Die Beschlussvorlage soll um folgende Punkte ergänzt werden:

1. Die Stadt nimmt als Träger kommunaler Kitas gemäß Richtlinie des Landkreises V-G zum 01.01.2014 Neuverhandlungen mit dem Landkreis auf, da die angesetzten Platzkosten bereits im laufenden Jahr nicht Kosten deckend sind.
2. Die Stadt teilt den Eltern zeitnah mit, dass sich im Ergebnis der Entgeltverhandlungen u. U. rückwirkend zum 01.01.2014 die Elternbeiträge verändern werden.
3. Die Landrätin wird durch die Stadt gebeten, sich dahingehend zu positionieren, ob in den Entgeltverhandlungen die in der o.g. Richtlinie unter 3.1 "Kosten für das Fachpersonal und Personalnebenkosten" im Unterpunkt "Tarife" angeführten Sätze 1 und 2 vorbehaltlos anerkannt wurden.

Anmerkung:

Satz 1: "Als Bemessungsgrundlage für die Kosten gilt der jeweilige Tarifvertrag des Leistungserbringers."

Satz 2: "Der Leistungserbringer orientiert sich am TVöD."

4. Die in der Sachdarstellung angeführte Kappungsgrenze (Anlage 1: Angebot des Landkreises vom 09.09.2013, orange Spalte) ist lediglich bis zum Jahresende akzeptabel. Werden in den Neuverhandlungen die vom Landkreis anerkannten Platzkosten (Anlage 1: Berechnung des Landkreises nach Prüfung der Kostenblätter vom 03.09.2013, türkise Spalte) wiederum nicht akzeptiert, ruft die Stadt diesbezüglich umgehend die Schiedsstelle an.

Die Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Herrn Dr. Fassbinder.

Aufgrund von Nachfragen erläutert Herr Senator Dembski, dass es vorstellbar sein könnte, vor die Schiedsstelle zu ziehen, wenn es keine andere Lösung gibt. Ein Problem sieht der Senator im Punkt 2, in dem es um die Ankündigung neuer Elternbeiträge zum 01.01.2014 geht.

Herr Spring teilt mit, dass der Punkt 2. gestrichen werden kann, wenn klar ist, dass zum 01.01.2014 Neuverhandlungen aufgenommen werden. Wichtig dabei ist, dass der Kreis die Kosten auch akzeptieren muss.

Im Rahmen der Diskussion bemerkt Herr Cymek, dass nicht zwingend folgen muss, dass die Erhöhungen an die Eltern weitergegeben werden müssen.

Daraufhin erläutert Herr Dembski, dass es rechtliche Probleme gibt. Die Höhe der Elternbeiträge wird festgelegt und der Kreis übernimmt diese Elternbeiträge für die Eltern. Der Kreis tritt für den Elternbeitrag für nicht leistungsfähige Eltern ein.

Frau Socher erklärt, dass es für den Kreis ganz harte rechtsaufsichtliche Auflagen gibt. Es gibt Beraterfirmen, die ganz genau kontrollieren, was im Kreis gemacht wird: der Rechnungshof, die Firma VEBERAS Consulting GmbH und einen beratenden Beauftragten. Alle suchen aufgrund des großen Defizits, wo der Kreis noch sparen könnte.

Aufgrund bestimmter Beschlüsse im Landtag entstehen der Stadt Mehrkosten, weil alle von Durchschnittswerten ausgehen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über den von Herrn Spring gestellten Änderungsantrag abstimmen, in dem der Punkt 2. zurückgenommen wurde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Damit stellt der Präsident die geänderte Vorlage der Verwaltung zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, den Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu bevollmächtigen, mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gem. § 16 KiföG M-V i.V.m. §§ 78 b bis 78 e SGB VIII abzuschließen, die die in der Anlage 1 dargestellten Platzkosten und Entgelte (Elternbeiträge) in den kommunalen Kindertagesstätten zur Folge

haben.

1. Die Stadt nimmt als Träger kommunaler Kitas gemäß Richtlinie des Landkreises V-G zum 01.01.2014 Neuverhandlungen mit dem Landkreis auf, da die angesetzten Platzkosten bereits im laufenden Jahr nicht Kosten deckend sind.
2. Die Landrätin wird durch die Stadt gebeten, sich dahingehend zu positionieren, ob in den Entgeltverhandlungen die in der o.g. Richtlinie unter 3.1 "Kosten für das Fachpersonal und Personalnebenkosten" im Unterpunkt "Tarife" angeführten Sätze 1 und 2 vorbehaltlos anerkannt wurden.
3. Die in der Sachdarstellung angeführte Kappungsgrenze (Anlage 1: Angebot des Landkreises vom 09.09.2013, **orange Spalte**) ist lediglich bis zum Jahresende akzeptabel. Werden in den Neuverhandlungen die vom Landkreis anerkannten Platzkosten (Anlage 1: Berechnung des Landkreises nach Prüfung der Kostenblätter vom 03.09.2013, **türkise Spalte**) wiederum nicht akzeptiert, ruft die Stadt diesbezüglich umgehend die Schiedsstelle an.

Abstimmungsergebnis: bei 31 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen abgestimmt

Zu TOP: 6.31 Absehen von der Genehmigung neuer Kita's im Stadtgebiet durch die Landrätin des LK Vorpommern-Greifswald bis zum Nachweise des tatsächlichen Bedarfs durch eine Bedarfsanalyse
B643-35/13

Die Einbringung und Begründung der Vorlage der CDU-Fraktion erfolgt durch Herrn Hochschild. Die Tischvorlage liegt allen Mitgliedern der Bürgerschaft vor.

Herr Dembski begrüßt die Beschlussvorlage. Allein die Tatsache, dass jemand einen Kindergarten eröffnen will, reicht nicht. Entscheidend ist, dass Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden müssen, wenn jemand Geld vom Staat haben will. Auf diese Leistungsvereinbarungen gibt es keinen Anspruch. Der Senator schlägt vor, im Beschlusstext die Formulierung „von der Einleitung von Genehmigungsverfahren“ durch „**von dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen**“ zu ersetzen.

Der Einbringer übernimmt den Formulierungsvorschlag.

Herr Spring informiert, dass der Landkreis gerade eine Richtlinie behandelt, die genau das regeln soll. Da der Jugendhilfeausschuss ein beschließender Ausschuss im Kreis ist, werde diese Richtlinie dort beschlossen. Damit wäre der CDU-Antrag überflüssig.

Frau Görs bemerkt, dass im Kreis begonnen wurde, die Jugendhilfeplanung fortzuschreiben. Im Jugendhilfeausschuss des Kreises wurde mitgeteilt, dass Greifswald noch freie Kapazitäten bei den Kindertagesstätten habe.

Herr Dr. Fassbinder regt an, die Diskussion im Kreistag zu führen. Dem vorgelegten Beschlussantrag werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen.

Frau Socher meint im Rahmen der Diskussion, dass nach § 16 des KiföG bei den Leistungsvereinbarungen das Benehmen mit der Gemeinde hergestellt werden müsse.

Das Problem ist, hebt Herr Senator Dembski hervor, dass vor dem Abschluss der Leistungsvereinbarungen nach dem KiföG erst eine Bedarfsanalyse zu erfolgen hat.

Die FDP-Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen, teilt Herr Hoebel mit.

Herr Hochschild hebt noch einmal hervor, dass mit dem Beschlussvorschlag Greifswalder Interessen gegenüber dem Kreis vertreten werden sollen. Es gehe nicht darum, Konkurrenz auszuschalten, sondern nicht mehr Konkurrenz zu schaffen, wo gar kein Bedarf ist.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen von Herrn Dr. Meyer, Herrn Dr. Steffens, Frau Heinrich, Herrn Dembski und Frau Felkl innerhalb der Diskussion beantragt Herr Dr. Bartels für die Linksfraktion eine Auszeit.

Auszeit von 20:12 Uhr bis 20:24 Uhr

Der Präsident lässt nach der Auszeit über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, die Landrätin des Landkreises Vorpommern-Greifswald aufzufordern, von dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit neuen Kindertagesstätten im Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abzusehen, bis der tatsächliche Bedarf durch eine Bedarfsanalyse nachgewiesen ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.8 3. Änderungssatzung zur Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B644-35/2013

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 3. Änderung der Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 14.12.2009 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 20.02.2012.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.9 1. Änderungssatzung der Hauptsatzung der UHGW
B645-35/13

1. Die Bürgerschaft beschließt die Aufhebung der Beschlüsse vom 13.05.2013, B610-32/13 und vom 11.05.1999, B1068-52/99.
2. Die Bürgerschaft beschließt die anliegende 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.10 Beitritt zum Rat der Gemeinden und Regionen Europas
B646-35/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Stadt Greifswald wird Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.11 Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001
- Planung Anbau Theaterhaus

- von der Tagesordnung gestrichen

Zu TOP: 6.12 Die UNESCO soll die einzigartige deutsche Theater- und Orchesterlandschaft als immaterielles Weltkulturerbe anerkennen
B647-35/13

Herr Dr. Steffens bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Herr Prof. Joecks schlägt eine korrektere Formulierung des Beschlusstextes vor, die der Einbringer übernimmt: ... das Bemühen ... um dessen Einsatz....

Daraufhin lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald unterstützt das Bemühen des Deutschen Bühnenvereins um dessen Einsatz für die Anerkennung der Theater- und Orchesterlandschaft in Deutschland als immaterielles Weltkulturerbe bei der UNESCO.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 6.13 Zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden und dezentrale Unterbringung
B648-35/13

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt allen Mitgliedern eine überarbeitete Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Herr Senator Dembski teilt mit, dass er die Gespräche mit der WVG mbH bereits im April geführt habe. Es wurde bereits eine Regelung gefunden. Die WVG mbH bietet Wohnungen an. Frau Dahms, die Integrationsbeauftragte, hat versichert, dass das gut läuft.

Herr Dembski schlägt vor, auf Dezernatsebene einen Arbeitskreis zu bilden auch unter der Einbeziehung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der die Probleme der Asylbewerber bespricht und die Asylbewerber unterstützt, z.B. bei der medizinische Betreuung, Sprachkenntnisse bei Ärzten, Unterkunft, Kindergarten/Schule u.a.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meyer wird bestätigt, dass die Problematik im Sozialausschuss besprochen wurde.

Frau Dr. Fassbinder schlägt aufgrund der Ausführungen von Herrn Dembski vor, die letzten beiden Sätze im zweiten Absatz des Beschlusstextes zu streichen

Auch Frau Socher bestätigt, dass bereits Gespräche mit der WVG mbH hinsichtlich der Unterbringung von Asylsuchenden geführt werden.

Herr Dr. Fassbinder hebt hervor, dass der erste Teil der Vorlage das Entscheidende ist. Es soll ein Signal nach außen gesendet werden. Die Stadt ist bereit, über die gesetzliche Pflicht hinaus, den Kreis zu entlasten.

Herr Ratjen hält die zahlenmäßige Festsetzung im Beschlusstext für gewagt und schlägt deshalb vor, die Zahl zu streichen.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Herr Prof. Joecks folgende Formulierung als Beschlusstext vor:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Stadt unterstützt den Landkreis Vorpommern-Greifswald bei der Unterbringung von Asylsuchenden.

Die Stadt bietet dem Kreis an, entsprechend den freien Kapazitäten bei der WVG mbH Asylsuchende aufzunehmen und auf Wunsch sowie nach Möglichkeit dezentral unterzubringen.

Daraufhin erläutert Herr Dembski, dass das Asylbewerberheim eine bestimmte Anzahl von Plätzen hat. Entsprechend der freien Plätze kommen die Zuweisungen. Jeder freigewordene Platz wird neu belegt. Jede dezentrale Unterbringung führt dazu, dass Plätze freierwerden, die durch neue Asylbewerber belegt werden. Die Quoten gibt es auf Kreisebene. In welcher Stadt die Unterbringung erfolgt, muss der Kreis entscheiden.

Auf Nachfrage von Herrn Hochschild erklärt Herr Dembski, dass es keine konkrete Anfrage vom Kreis gibt, nach der zusätzlich mehr Asylbewerber in Greifswald untergebracht werden sollen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Stadt unterstützt den Landkreis Vorpommern-Greifswald bei der Unterbringung von Asylsuchenden.

Die Stadt bietet dem Kreis an, entsprechend den freien Kapazitäten bei der WVG mbH Asylsuchende zusätzlich aufzunehmen und auf Wunsch sowie nach Möglichkeit dezentral unterzubringen.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.14 Keine weiteren atomaren Abfälle nach Lubmin
B649-35/13

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt allen Mitgliedern der Bürgerschaft eine geänderte Beschlussvorlage vor.

Die Einbringung und Begründung der Vorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Frau Berger.

Im Rahmen der Diskussion melden sich Herr Ratjen, Herr Hochschild, Herr Dr. Kasbohm und Herr Liedtke zu Wort. Es gibt ein „Für“ und ein „Wider“. Herr Dr. Kasbohm spricht sich dafür aus, den Willen der Bürgerschaft zu bekunden, auch wenn die Bürgerschaft nicht zuständig ist.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Steffens, die Diskussion abubrechen und über die vorgelegte geänderte Beschlussvorlage abzustimmen.

Der Präsident lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald lehnt die Einlagerung von weiteren Castorbehältern ins Zwischenlager Nord (ZLN) ab.

Die Bürgerschaft unterstützt ausdrücklich die ablehnende Haltung der Landesregierung zur Ausweitung der Einlagerung atomarer Abfälle ins ZLN Lubmin.

Abstimmungsergebnis: bei 19 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.15 Prüfauftrag: Ausweisung von Hundeauslaufzonen
B650-35/13

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Frau Dr. Fassbinder.

Herr Senator Hochheim erklärt, dass aus dem Prüfauftrag des Beschlusstextes nicht hervorgeht, welches Dezernat für den Prüfauftrag zuständig ist. Wenn es um Zäune und ähnliches, also um bauliche Angelegenheiten geht, ist das Dezernat II zuständig. Wenn die Befreiung vom Leinenzwang gewollt ist, geht es um die Hundehalterverordnung und dann wäre das Ordnungsamt zuständig.

Herr Winckler, Leiter des Ordnungsamtes ergänzt, dass die bereits bestehende Hundehalterverordnung zwei Plätze ausweist; die Neutiefwiesen und den Wiecker Schlag, wo allgemein eine Befreiung vom Anleinzwang besteht. Daneben gibt es noch das Gewerbegebiet, wo nicht die Hundehalterverordnung greift. Dort besteht auch kein Anleinzwang. Neu in die Diskussion wurden die Credner-Anlagen gegeben.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Fassbinder erläutert Herr Senator Dembski, dass es nicht darum geht, die Zuständigkeiten zu klären. Geht es um die Befreiung vom Leinenzwang oder geht es um das Einrichten von Spielwiesen für Hunde? Derzeit ist die Verwaltung im Rahmen der Überarbeitung der Hundehalterverordnung mit dem Leinenzwang beschäftigt. Das ist aber keine Hundewiese wie es sie in Großstädten gibt. Alle Ortsteilvertretungen wurden zu diesem Thema angeschrieben mit der Bitte um Stellungnahme.

Herr Winckler gibt bekannt, dass die Änderung der Hundehalterverordnung die Credner-Anlagen betrifft. Die beiden anderen Hundewiesen sollen weiterhin vom Leinenzwang ausgenommen bleiben.

Herr Hochheim stellt fest, dass die Verwaltung das prüfen soll, was bereits veranlasst ist. So dezidiert wurde es im Bau- und Hauptausschuss nicht ausgeführt.

Entsprechend der Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Stegemann das Ende der Debatte.

Herr Liskow stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Einrichtung von wohnortnahen Hundeauslaufzonen (Hundewiesen) hinsichtlich Standorte, Kosten und Betreibung zu prüfen. Hierbei sind sowohl Standorte in der Innenstadt als auch in allen anderen vom Leinenzwang betroffenen Stadtteilen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP: 6.16 Schönwalde Begegnungszentrum
B651-35/13

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der SPD-Fraktion erfolgt durch Herrn Aé.

Nach einer kurzen Bemerkung von Herrn Ratjen lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft bittet den Oberbürgermeister,

ein Konzept für die inhaltliche Gestaltung und Finanzierung des Schönwalder Begegnungszentrums (Schwalbe) in Abstimmung mit dem ISSA e.V. und den weiteren Nutzern vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.17 Wartehäuschen Bushaltestellen
B652-35/13

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der SPD-Fraktion erfolgt durch Herrn Littmann. Im Rahmen dieser Einbringung erklärt er den Willen der SPD-Fraktion, den Beschlusstext als Prüfauftrag umzuformulieren, so dass die SPD-Fraktion darum bittet, zu prüfen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, zu prüfen, an den Bushaltestellen „Montessori-Schule“, „OEZ-Parkseite“ und an der Haltstelle „Nelkenweg“ ein Buswartehäuschen zu errichten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.18 Planung Straßenausbau im OT Riems, Teilstrecke Wiesenweg und Brooker Weg
B653-35/13

Im Rahmen der Diskussion erläutert Frau Heinrich das Anliegen der Ortsteilvertretung Riems.

Daraufhin erklärt Herr Hochheim, dass es sicherlich notwendig ist, in dem Bereich etwas zu unternehmen. Bereits im Bauausschuss hatte der Senator darauf hingewiesen, dass mit dieser Beschlussvorlage Geld für Planungsleistungen für 2014 freigegeben werden sollen. Den Bürgerschaftsmitgliedern liegen bereits Unterlagen vor, aus denen hervorgeht, was die Verwaltung leisten oder auch nicht leisten kann. Sollte der Beschluss heute gefasst werden, könnte dieses Planungsvorhaben nur in die Liste der nicht finanzierbaren Maßnahmen aufgenommen werden.

Herr Burmeister schlägt vor, die Diskussion in die Haushaltsberatung zu verschieben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die notwendigen Planungsleistungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zur Diskussion eines grundhaften Ausbaus der Teilstrecke des Wiesenweg und des Brooker Weg im Ortsteil Riems, die in der Anlage zu diesem Beschluss violett markiert ist, im Jahre 2014 zu beschaffen. Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Entwurf des Haushalts 2014 mit einer entsprechenden unteretzten Maßnahme vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: bei 21 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.19 Wiederbenennung "Carl-Paepke-Platz" am 1. November 2013
B654-35/13

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der Fraktionen der CDU, Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Herrn Multhauf.

Herr Multhauf hebt hervor, dass Herr Paepke neben Herrn Rubenow der einzige Bürgermeister ist, der in unserer Stadt geboren und auch gestorben ist. Auf dem alten Friedhof gibt es einen Grabstein, wo in Sandstein, von seiner Schwester veranlasst, der Name „Carl Paepke“ steht.

Herr Multhauf zitiert aus der Rede der Einweihung und Enthüllung des Paepke-Denkmal.

Der Oberbürgermeister bezieht Stellung für die Verwaltung. Unstrittig sei, den Vorplatz des Bahnhofes „Paepke-Platz“ aus Anlass des Jubiläums zu benennen. Vor 150 Jahren hat sich der Bürgermeister Carl Paepke entscheidend für die Aufnahme des öffentlichen Betriebes der Bahnstrecke Berlin - Stralsund eingesetzt.

Zu bedenken gibt Herr Dr. König die Schreibweise des Namens. Dazu gibt es vom Archivar und der Kulturamtsleiterin eine Stellungnahme, die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt ist.

Der Oberbürgermeister bittet die Mitglieder der Bürgerschaft sich für „Päpke-Platz“ zu entscheiden.

Im Rahmen der Diskussion gibt Herr Dr. Bartels zu bedenken, dass es dann auf dem Platz zwei verschiedene Schreibweisen gibt: auf dem Denkmal selbst und den Namen des Platzes.

Im Rahmen der Diskussion bringt Herr Multhaus zum Ausdruck, dass es wahrscheinlich den meisten egal ist, wie der Name geschrieben wird. Das sollte es aber nicht. Als die Straße im B-Plan-Gebiet Nr. 62 2008 als „Carl-Päpke-Straße“ benannt wurde, hat sich niemand um die Schreibweise gekümmert oder sich mit dem Namen beschäftigt. Auch die Anbringung der Päpke-Gedenktafel in der Steinbecker Straße 29 wurde in keinem politischen Gremium besprochen.

Erst 2015 besteht die Möglichkeit, den Bahnhofsvorplatz zu gestalten und das Paepke-Denkmal wieder aufzustellen.

Herr Multhaus spricht dem Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur seinen Dank aus, der historischen Wahrheit und Granit und Sandstein den Vorzug zu geben.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Herr Ratjen vor, die Schreibweise zu übernehmen, die Herr Paepke selbst verwandt hat.

Frau Heinrich spricht als Mitglied des Kulturausschusses, weil der Vorsitzende nur als Gast anwesend ist. Der Ausschuss hatte sich verständigt, dass man den Vornamen weglassen könnte. Frau Heinrich erinnert, dass die „Carl-Päpke-Straße“ nicht so bleiben, sondern umbenannt werden soll.

Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass Herr Päpke sich selbst in der übergroßen Mehrheit mit „ä“ geschrieben hat. „Wenn schon die Historie sprechen soll, dann sollten wir nicht Granit und Stein sprechen lassen, sondern den, den wir ehren wollen selbst. Und derjenige hat sich mit „ä“ geschrieben.“

Der Oberbürgermeister bittet darum, bei der Schreibweise mit „ä“ zu bleiben.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, „Carl“ im Namen zu streichen, so dass der Platz „Paepke-Platz“ heißen soll.

Abstimmungsergebnis: bei 8 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Der Präsident befragt die Bürgerschaftsmitglieder, ob ein „Carl-Paepke-Platz“ gewollt ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Der Präsident lässt darüber abstimmen, wie vorgelegt „Paepke“ mit „ae“ zu schreiben.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

Der Präsident lässt darüber abstimmen, „Päpke“ mit „ä“ zu schreiben.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Damit stellt der Präsident fest, dass die Bürgerschaft folgender Beschluss gefasst hat:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Wiederbenennung des Bahnhofsvorplatzes (ehemaliger ZOB) in „Carl-Paepke-Platz“ zu veranlassen.
2. Die offizielle Wiederbenennung soll am 1. November 2013, dem Tag der Aufnahme des öffentlichen Betriebs der Bahnstrecke vor dann genau 150 Jahren, erfolgen.

Zu TOP: 6.20 Annahme von Spenden

Die Beschlussvorlagen zur Annahme von Spenden unter TOP 6.20.1 bis 6.20.4 werden im Block abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: Annahme von Spenden für das Jahr 2011 - Projekte 6.20.1 B655-35/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spenden in Höhe von insgesamt 64797,11 € entsprechend des beigefügten Spendenberichts aus dem Jahr 2011.
Verwendet werden sollen die Spenden für diverse Projekte, Medien oder Spielmaterial.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: Annahme einer Spende für das Jahr 2012 - Kinderbereich Stadtbibliothek 6.20.2 B656-35/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spende in Höhe von 180 € entsprechend des beigefügten Spendenberichts aus dem Jahr 2012.
Verwendet werden die Spenden für Bastelmaterial und Sitzkissen für den Kinderbereich in der Stadtbibliothek.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: Annahme von Sachspenden im Rahmen des Jahrestages der Beruflichen 6.20.3 und Freiwilligen Feuerwehr Greifswald B657-35/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Sachspenden in Form von diversen Kleinartikeln für eine Tombola, Verzicht einer Pacht für die Freifläche, Fleisch und Wurstwaren und 2 Fässern

Bier.

Verwendet wurden die Sachspenden für das Fest zum Jahrestag der Beruflichen und Freiwilligen Feuerwehr.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.20.4 Annahme von Sachspenden im Rahmen der Ausrichtung des Fischerfestes 2012
B658-35/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Sachspenden in Höhe von 171,00 Euro entsprechend des beigefügten Spendenberichts aus dem Jahr 2012.

Verwendet wurden die Spenden für das Fischerfest 2012 anlässlich der Sportveranstaltung „Ryckhangeln“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.21 Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur "Gemeinschaft der Klosterstätten im Mecklenburg-Vorpommern e.V."

B659-35/13

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald tritt dem Verein „Gemeinschaft der Klosterstätten in Mecklenburg-Vorpommern e. V.“ bei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen beschlossen

Zu TOP: 6.22 Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 110 – südlich Chamissostraße
B660-35/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die neue Straße im Bebauungsplan 110 – südlich Chamissostraße soll Selma-Lagerlöf-Straße heißen.

Gleichermaßen beschließt die Bürgerschaft, dass der Straßename „Kleinbahnhof“ aus dem offiziellen Straßenverzeichnis gelöscht wird. Die Straße existiert nicht mehr, da sie durch die Osnabrücker Straße überbaut worden ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.23 Nutzung des Gebäudes in der Kapaunenstraße 24

Der Präsident teilt mit, dass die Verwaltung eine geänderte Beschlussvorlage vorgelegt hat.

Herr Dr. Kerath bemerkt im Namen der SPD-Fraktion, dass in der neu vorgelegten Variante keine Kostenaufstellung beigefügt ist. Er bittet um Erklärung, warum für 7 Arbeitsplätze Lampen für ca.18.000 Euro und eine Telefonanlage für 19.629,38 Euro angeschafft werden sollen. Bei den finanziellen Verhältnissen der Stadt ist das nicht nachvollziehbar und akzeptabel.

Im Namen der SPD- Fraktion beantragt Herr Dr. Kerath, die Vorlage in den Bauausschuss zurückzuverweisen.

Herr Senator Hochheim zieht die Beschlussvorlage zurück.

Zu TOP: 6.24 Beschluss einer Kostenspaltung für die „Rudolf-Seeliger-Straße“ – im B-Plangebiet Nr. 6 - Technologiepark – zur Beitragsberechnung nach Erschließungsbeitragssatzung
B661-35/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Kostenspaltung für die Erschließungsanlage „Rudolf-Seeliger-Straße“ entsprechend dem anliegenden Übersichtsplan, damit sie entsprechend den Anforderungen der §§ 127 ff. BauGB i.V.m. der Erschließungsbeitragssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abgerechnet werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.25 Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2013
B662-35/13

Die Bürgerschaft beschließt die Umsetzungslisten gemäß Anlagen für die 2013 bewilligten Sanierungsförderprogramme.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.26 Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2014 - Prioritätenliste
B663-35/13

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag, der allen Mitgliedern der Bürgerschaft vorliegt.

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der Verwaltung erfolgt durch Herrn Senator Hochheim.

Für derartige Beratungen wurde der Ausschuss für Investitions- und Sanierungsvorhaben eingerichtet. Deshalb sollte auch die Bürgerschaft diesen Ausschuss nicht umgehen und über Planungsleistungen entscheiden.

Herr Hochheim schlägt entsprechenden Änderungsantrag vor, den Ansatz im Städtebaulichen Sondervermögen 161 von 8,5 auf 8,6 Mio. Euro erhöhen und die Maßnahme „Sanierung Klex“ mit 100.000 Euro in die Kategorie C aufnehmen.

Beim Städtebaulichen Sondervermögen 199 gibt es wesentlich mehr Schwierigkeiten, eine Planung für das Humboldt-Gymnasium in Höhe von 100.000 Euro in Auftrag zu geben.

Herr Dr. Fassbinder bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden präventiven Änderungsantrag ein, wobei getrennt abgestimmt werden soll:

1. Innenstadt und Fleischervorstadt, SSV 161

Das Vorhaben „Sanierung Klex“ wird von Kategorie D in Kategorie C verschoben. Für die Planung werden 100.000 € beantragt.

2. Schönwalde II, SSV 199

In der Liste Kategorie C wird geändert:

Außenanlagen und Planung Humboldt-Gymnasium

Daraufhin meint Herr Hochheim, dass sich damit der Investitions- und der Bauausschuss befassen sollte, um 2014 eine Entscheidung zu treffen.

Frau Schinkel, zuständige Sachbearbeiterin der Stabsstelle im Dezernat II gibt ergänzende Erläuterungen.

Im Rahmen der Diskussion bemerkt Herr Kruse, dass an dieser Stelle in der Bürgerschaft wieder Ausschussarbeit gemacht wird. Aus diesem Grund beantragt Herr Kruse, den Änderungsantrag und die Vorlage in den Sanierungsausschuss zu verweisen, der das nächste Mal am 26.09.2013 tagt.

Herr Liedtke unterstützt diesen Antrag.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Dr. Bartels.

Der Präsident schlägt vor, dass der Beschluss vorbehaltlich der Beratung des Investitionsausschusses gefasst wird.

Herr Hochheim erläutert, dass die Prioritätenlisten und die Anmeldung der Sanierungsprogramme auf Wunsch der Bürgerschaft in der Bürgerschaft entschieden werden sollen. Wenn dem nicht so ist, könnte der Investitionsausschuss darüber beraten. Die Bürgerschaft müsste sich aber einig sein, später noch einmal darüber befinden zu wollen. Bis zum 15.10.2013 müssen die Unterlagen beim Ministerium vorliegen.

Der Präsident schlägt folgende Verfahrensweise vor. Die Bürgerschaft beschließt vorbehaltlich der Entscheidung des Investitionsausschusses.

Herr Multhaus besteht darauf, dass die Bürgerschaft den Beschluss fasst, auch wenn es in der Vergangenheit nicht immer so gehandhabt wurde. Es gab ein Schreiben von Schwerin, in dem steht, dass die Bürgerschaft die Entscheidung treffen muss. Ausdrücklich bemerkt er, dass der Investitionsausschuss ein wichtiger Ausschuss ist, aber nichts entscheiden kann. Behandelt und beschlossen werden die Vorschläge in der Bürgerschaft.

Herr Kruse zieht seinen Geschäftsordnungsantrag zum Rückverweis zurück.

Der Präsident stellt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getrennt zur Abstimmung.

1. Innenstadt und Fleischervorstadt, SSV 161

Das Vorhaben „Sanierung Klex“ wird von Kategorie D in Kategorie C verschoben. Für die Planung werden 100.000 € beantragt.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

2. Schönwalde II, SSV 199

In der Liste Kategorie C wird geändert:
Außenanlagen und Planung Humboldt-Gymnasium

Herr Burmeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: bei 19 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Damit lässt der Präsident über die geänderte Prioritätenliste abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Prioritätenlisten gemäß Anlagen zur Mittelbeantragung für die Sanierungsförderprogramme 2014.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.27 Museumshafen 2. BA
B664-35/13

Herr Hochheim bringt die Tischvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kerath erläutert Herr Hochheim, dass, wenn der Beschluss so gefasst wird, das Teilobjekt 3 (Neubau Schwimmsteg Hafenstraße) nicht mehr vorgenommen wird, außer wenn der Fördermittelgeber eine Nachförderung zusagt.

Auf Nachfrage von Frau Heinrich, wie das Geld zur Wiecker Brücke zurückfließt, erläutert Herr Hochheim, dass es eine Verpflichtungsermächtigung für 2014 gibt, die die Bürgerschaft beschlossen hat. Die Sanierung der Brücke wird 2014 und 2015 stattfinden. Die hierfür eingestellte Verpflichtungsermächtigung ist demzufolge nicht mehr notwendig.

Falls nicht die gesamte Summe benötigt wird, bittet Herr Dr. Kasbohm darum, mit allen Beteiligten zu sprechen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

1. Die Bürgerschaft beschließt die Vergabe eines Bauauftrages - Baulos 1 aus Teilobjekt 1, Lückenschluss der Uferbefestigung Nord und Platzgestaltung Nordseite mit einem Angebotsvolumen in Höhe von 1.814.763,65 € und hierzu zur vollständigen Finanzierung eine Mittelumschichtung in Höhe von 115.200 € aus dem Teilobjekt 3 (Neubau Schwimmsteg Hafenstraße) sowie die Umschichtung der Verpflichtungsermächtigung „Wiecker Brücke“ in Höhe von 114.000 € für 2014.
2. Die Bürgerschaft beschließt die Vergabe eines Bauauftrages – Baulos 2, Uferbefestigung Südseite aus Teilobjekt 2, Platzgestaltung am Fangenturm mit einem Angebotsvolumen in Höhe von 250.050,23 € und hierzu zur vollständigen Finanzierung eine außerplanmäßige Ausgabe, gedeckt durch die Inanspruchnahme von 171.000,00 € zusätzliche Schlüsselzuweisung und eine Reduzierung der Aufwandsposition „Umzugskosten“ in Höhe von 80.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister informiert über Hauptausschussbeschlüsse vom 05.08.2013 und 02.09.2013 sowie Termine und wichtige Ereignisse. Diese Mitteilungen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

- Information über die Erstwohnsitzkampagne 2013/14
- Sachstand Stadtmarketing

Auch diese beiden Mitteilungen werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Weitere Mitteilungen:

Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft begrüßt die Mitgliedschaft der UHGW. Am 22.11.2013 tagt das beschlussfassende Gremium in der Max-Planck-Gesellschaft.

Herr Knoll fragt an, ob die Hauptausschussmitglieder wie in jedem Jahr auch in diesem Jahr eine Waldbegehung wünschen. Der Oberbürgermeister hat bereits im Hauptausschuss gefragt und bittet die Hauptausschussmitglieder um baldige Antwort.

Herr Hochheim informiert aus dem Dezernat II:

- weiteres Vorgehen Fischer-Schule
Der Landkreis wird zunächst eine Analyse der zu erwartenden Schülerzahlen vornehmen, weil diese wichtig für eine Entscheidung sei, ob die Fischer-Schule alleine oder ein Schulzentrum bilden. Für den Kreis ist eine Entscheidungsvorlage zu erarbeiten, aus der hervorgeht, ob eine Sanierung oder ein Neubau am Standort wirtschaftlicher sind. Hierfür muss die Stadt zunächst auf eigene Kosten eine Planung vornehmen, die nicht im Haushalt 2014 eingestellt ist.
- mündliche Vorinformation für eine Vergabe im VOB-Bereich zur Umgestaltung der Gützkower Straße
Fünf Firmen haben sich beteiligt, darunter auch zwei aus Greifswald. Wenn eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters nicht gewünscht ist, müsste in der Zeit vom 07. – 09.10.2013 eine außerplanmäßige Sitzung des Hauptausschusses zur Anhörung einberufen werden. Herr Hochheim bittet die Hauptausschussmitglieder um Information, ob der Hauptausschuss einberufen werden oder eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters erfolgen soll.
- Prüfauftrag Verbreiterung des Fußgänger-/Fahrradweges an der Europa-Kreuzung
Es gibt einen Vorschlag der Bürgerliste, an dem Überweg außerdem Piktogramme anzubringen.
- Prüfauftrag Verkehrsberuhigung Rakower Straße/Marktsüdseite
Da dieses Thema sehr komplex ist, schlägt die Verwaltung vor, dieses im Rahmen der Fortschreibung/Neufassung der städtebaulichen Rahmenplanes Innenstadt/Fleischervorstadt zu beraten. Die Auftragsvergabe ist für Oktober vorgesehen und der Arbeitsbeginn im November.
- Herr Dr. Steffens hinterfragte im Hauptausschuss die bisher im Gerichtsverfahren mit der DALEGIO angefallenen Kosten. Diese belaufen sich auf ca. 7.960 Euro.
- Herr Braun bat im Hauptausschuss um Informationen zur BBN. Die offenen Forderungen der BBN betrafen das Abwasserwerk. Das Mahnverfahren ist abgeschlossen, die Vollstreckung eingeleitet. Die BBN hat daraufhin den Antrag auf Insolvenz gestellt, woraufhin die Vollstreckung ausgesetzt wurde.

- Herr Dr. Fernando steht im Kontakt mit dem Kultur- und Initiativenhaus Greifswald e.V. zur Stralsunder Straße 10. Es gibt Bemühungen, die Angelegenheit zum Abschluss zu bringen. (Ein entsprechendes Schreiben ist allen Mitgliedern am 05.09.2013 per E-Mail zugegangen.)

Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Ratjen hinterfragt die Informationen zur Fischer-Schule. Daraufhin wiederholt Herr Hochheim seine Mitteilung und macht deutlich, dass man ganz am Anfang der Beratungen mit dem Kreis steht.

Herr Multhauf erinnert daran, dass bei der Untersuchung der städtischen Gebäude insbesondere Bedarf bei der Fischer-Schule bestünde. Die Bürgerschaft hat im Dezember 2012 einen Beschluss gefasst, dass bis März 2013 einen Terminplan durch die Verwaltung zu erarbeiten ist. Herr Multhauf bittet um Abreichung der schriftlichen Unterlagen, weil bereits morgen (17.09.2013) im Bildungsausschuss des Landkreises beraten wird.

Daraufhin macht Herr Hochheim deutlich, dass der Landkreis gesagt hat, dass er für die Entscheidung zur Fischer-Schule verschiedene Ausgangszahlen benötigt und ob es der Haushalt des Kreises überhaupt hergibt. Diese Ausgangszahlen müssen erst erarbeitet werden. Außerdem gibt es noch ein anderes Problem: die Fischer-Schule steht in der Eröffnungsbilanz mit 1 bis 1,5 Mio. Euro. Wenn diese jetzt abgerissen würde, hätte die Verwaltung in diesem Jahr einen Verlustwert, der im Ergebnishaushalt abgebildet werden müsste. Dazu gab es mit dem Kreis Gespräche und keinen Schriftverkehr. Eine Entscheidung gibt es dazu noch nicht. Wichtig wäre aber zu entscheiden, in welchem Jahr die Fischer-Schule saniert werden soll.

Zu TOP: 9 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 24.06.2013

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung

22:28 Uhr

Egbert Liskow
Präsident

Hannelore Schult
Protokollantin

Anlagen: - Mitteilungen des Oberbürgermeisters